

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.
Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Nr. 139

Freitag den 20. Juni 1919

78. Jahrg.

Ämtlicher Teil.

Feintalg-Verkauf.
Sonnabend den 21. Juni je 20 Gr. auf Lebensmittelkarten Nr. 509-849
bei Weichel, Nr. 850-1200 bei Bretschneider und Nr. 1201-1560 bei Johne.
Wilsdruff, am 18. Juni 1919. Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabt.

Es wird höflichst gebeten, alle Inserate möglichst frühzeitig, spätestens aber bis 11 Uhr vorm. aufzugeben.

Vor der folgenschwersten Entscheidung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Ministerpräsident Clemenceau hat dem Grafen Brockdorff-Rantzau sein Bedauern über die Vorfälle bei der Abfahrt der deutschen Delegation ausgesprochen.
- Die Friedensdelegation ist in Weimar eingetroffen. Unmittelbar nach ihrer Ankunft begannen die Beratungen.
- Die sächsischen Ministerpräsidenten nehmen sämtlich an den Beratungen in Weimar teil.
- Auch in Berlin finden Beratungen der aus Behörden, Handel und Industrie berufenen Sachverständigen über die Friedensfragen statt.
- Zum Unterstaatssekretär im Kriegsministerium ist Herr Gresefinkst ernannt worden.
- Beim Empfang der türkischen Delegation durch den Obersten Rat trat der Großwesir für die Unversehrtheit des türkischen Reiches ein.
- Der französische Senat hat der Einföhrung des Achtstundentages im Bergbau zugestimmt.
- Die Entente beabsichtigt, mit allen Kräften einen Vorstoß gegen Petersburg zu unternehmen, um die Bolschewikenherrschaft zu stürzen.
- In Rumänien ist plötzlich eine Ministerkrise eingetreten.

Verantwortung.

Siehe wir offen und ehrlich — es handelt sich um Leben und Sterben des deutschen Volkes, und im Angesicht des Todes ziemt es sich wohl die Wahrheit zu bekennen, so schwer es auch sein mag, gegen sich selbst Zeugnis abzulegen.

In seinem „letzten Wort“ an Deutschland geht Herr Clemenceau noch einmal auf die Schuldfrage ein und beharrt dabei, daß Deutschland allein die Verantwortung für den Krieg zu tragen habe, heute wie ehemals, vor wie nach der Revolution. Denn diese Umwälzung sei erst über uns hereinbrochen, als das Wassenglas endgültig gegen uns entschieden hätte, und sie könne nichts an der Tatsache ändern, daß bis dahin das ganze deutsche Volk für den Krieg eingetreten sei, die Krebse bewilligt, die Kriegsanleihen geschloffen habe, wie es sicherlich auch dem Kaiser und seinen Heerführern treu geblieben wäre, wenn sie als Sieger aus dem Felde hätten heimkehren können. Das Volk hätte jeden Augenblick eine Regierung stürzen können, die es in die Schreden dieses Krieges gestürzt habe; statt dessen habe es alle seine Befehle ausgeführt, und nun könne es nicht verlangen, von den Folgen seiner Handlungsweise befreit zu werden. Das wäre sonst freilich ein bequemere Frieden, aber diejenigen, die ihn zu gestalten hätten, müßten darauf achten, daß der Gerechtigkeit nicht Gewalt angetan werde — und das eben nennt Herr Clemenceau einen Frieden der Gerechtigkeit, wie er ihn auffaßt, daß jeder Teil das Maß von Verantwortung zu tragen hat, das ihm zukommt.

Wagt sich gegen diesen grundsätzlichen Standpunkt etwas Durchschlagendes einzuwenden? Ist es nicht wahr, daß das deutsche Volk fast einmütig aufgestanden ist, als der Kaiser im August 1914 zur Verteidigung des Vaterlandes aufrief? Daß es Gut und Blut hingab, als seine Führer immer neue Opfer als notwendig bezeichneten? Daß es, trotz mancher Kritik im einzelnen, die wechselnden Regierungen schalten und walten ließ und ihnen höchstens um innerpolitischen Ziele willen Schwierigkeiten bereitete, während es ihre Kriegspolitik gutließ, so oft der Reichstag dazu berufen war, sich zu ihr zu äußern? Entspricht es der Wahrheit, wenn wir jetzt behaupten, wir seien belogen und betrogen worden und hätten uns also zum mindesten in entschuldbarem Irrtum befunden? Traut einer von uns wirklich Herrn v. Bethmann Hollweg eine bewußte Lüge zu, diesem Manne, der sich höchstens durch ein Übermaß von Wahrheitsliebe als Diplomat unmöglich gemacht hat und nicht durch teuflische Gewissenlosigkeit, wie sie dazu gehörte, ein ganzes großes, friedliches und friedliebendes Volk mit unheimlichen Sünden in diese furchtbare Schicksalsprüfung hineinzuführen? Oder dem General v. Moltke, dem obersten militärischen Ratgeber des Kaisers bei Kriegsausbruch, dessen Charakter über jede Anzweiflung erhaben ist? Nein, diese Männer können wohl Fehlern der Erkenntnis oder des Willens unterliegen sein, aber ihr moralisches Verhalten anzuzweifeln, bloß um das deutsche Volk von der Verantwortung für den Krieg zu entlasten, dazu haben wir kein Recht. Und auch die Revolution konnte an

diesem Tatbestand nichts ändern, gleichviel ob man sie als eine geschichtliche Notwendigkeit gelten lassen will oder nicht. Sie vollzog ein gründliches Strafgericht hierzulande, ganz gewiß, bei dem mit Schuldigen auch Unschuldige getroffen worden sind. Aber unsere Verantwortung für die Erklärung wie für die Führung des Krieges konnte sie nicht mehr erschüttern, und nur Phantasien könnten ja auch nur dem Irrwahn huldigen, daß ein Mann wie Clemenceau uns um ihretwillen billigeren Kaufes davonkommen lassen würde.

Wie aber dieser Prophet des Hasses unsere Verantwortung bestimmt, wie er uns die niedrigsten Motive nicht nur, sondern auch die gemeinsten Handlungen unterstellt, wie er unsere Führer und unsere Soldaten verleumdet und beschimpft — das allerdings ist beispiellos in aller Geschichte der Menschheit. Hier entfällt sich eine Lüge der Gefinnung und des Empfindens, in deren Abwehr das ganze deutsche Volk einmütig zusammenstehen sollte, statt sich fortgesetzt in Selbstanklagen — bewußt und unbewußt — zu zerfleischen. Mit ewiger Schande will uns dieser „Tiger“ überhäufen in demselben Augenblick, in dem seine Franzosen die deutschen Friedensdelegierten mit Steinen bombardierten, als sie dem ungemein gastlichen Versailles endlich den Rücken kehrten. Wenn umgekehrt in Deutschland einem beliebigen Franzosen auch nur ein Haar gekrümmt worden wäre, was für einen Rärm über dieses Land der Sonnen hätten wir über uns ergehen lassen müssen! Das deutsche Volk dagegen wird ruhig bleiben, ganz ruhig. Wie aber seine Nationalversammlung die Lage beurteilen wird, davon wird schließlich unser aller Schicksal abhängen. Möge sie die Verantwortung, die uns zukommt, nicht zurückweisen — die deutsche Ehre aber von der unerbittlichen Nachsicht unserer Feinde nicht ungestraft in den Staub treten lassen!

Dr. Sy.

Beratung in Weimar.

— Vor der folgenschwersten Entscheidung. —

Der Friedensauschuss der Nationalversammlung trat gestern nachmittags zu einer kurzen Sitzung zusammen. Ministerpräsident Scheidemann ergriff gleich zu Anfang das Wort, um sich mit der Mantelnote der Entente zu beschäftigen. In den allgemeinen gegen das deutsche Volk entfallenen Beschuldigungen sei Neues nicht enthalten; aber er müsse dazu mit Bedauern feststellen, daß die Entente unseren Vorschlag der Schaffung eines neutralen Schiedsgerichts abgelehnt habe, das allein diese Beschuldigungen hätte prüfen können. Bedauerlich sei weiter, daß das deutsche Volk mit Vergehen und Verbrechen belastet werden solle. Diese Belastung soll aber die Berechtigung schaffen zu den schwereren Bedingungen, die im zweiten Teil der feindlichen Mantelnote dem ganzen deutschen Volk auferlegt werden sollen. Die Begründung, die der vorgelegenen Regelung der Verhältnisse im Osten gegeben werde, lasse wenig Hoffnung aufkommen, daß wir in dem ausführlicheren Memorandum auf ein wesentliches Entgegenkommen rechnen können. Das gelte auch für die übrigen territorialen Fragen, bei denen ebenso wie bei den wirtschaftlichen und finanziellen Fragen in der Mantelnote noch mancherlei Punkte völlig unklar seien. Angesichts dieser Unklarheiten und angesichts der Tatsache, daß das gesamte Material zurzeit noch nicht vorliege, könne heute eine Entscheidung noch nicht getroffen werden. Nur der endgültige und vollständige Text der feindlichen Antwort könnte die Grundlage für eine gemeinsame Beratung zwischen Reichsregierung und Friedensauschuss geben. Das deutsche Volk, die Nationalversammlung und die Reichsregierung seien vor die folgenschwerste Entscheidung gestellt, und deshalb sei es Pflicht, gleichviel wie der einzelne zu der Friedensfrage stehen möge, mit vollster Objektivität an diese Entscheidung heranzutreten. Niemand dürfe im Zweifel sein, daß unser Volk den schwersten Zeiten entgegengehe. Präsident Fehrenbach schloß sich der Auffassung an, daß eine sachliche Beratung erst möglich wäre, wenn das gesamte Material vorliege, und der Friedensauschuss erklärte sich damit einverstanden, daß die nächste Sitzung am Donnerstag nachmittags abgehalten werden solle. Bis dahin wird die Reichsregierung nach den Witterungen des Ministerpräsidenten Scheidemann die Möglichkeit gehabt haben, mit der heute nacht hier eintreffenden deutschen Friedensdelegation zu beraten.

Die Ansicht der Delegation.

Einmütig gegen die Unterzeichnung.
Weimar, 18. Juni.

Die Mitglieder der Friedensdelegation sind heute morgen mit mehrstündiger Versäumnung hier eingetroffen. Auf der Fahrt wurde die französische Antwort überflogen. Über die Stimmung der deutschen Delegation kann nach Unterhaltung mit führenden Mitgliedern derselben mitgeteilt werden, daß sie die Zugeständnisse für so geringfügig halten, daß die Verantwortung für eine Unterzeichnung nicht übernommen werden kann.

Ein Votum gegen den Vertrag.

Die Delegation hat auf der Fahrt von Versailles nach Weimar ein ausführliches schriftliches Votum ausgearbeitet, das der Kabinettsitzung unterbreitet worden ist. Dieses Votum kommt zu dem Schluß, daß der Vertrag nicht unterzeichnet werden kann. Wie verlautet, stehen alle Mitglieder der Delegation auf diesem Standpunkt. Auch alle wirtschaftlichen Sachverständigen sind der Überzeugung, daß in der vorliegenden Form Deutschland keine Unterschrift nicht unter den Vertrag setzen kann. Auch sie haben diese ablehnende Haltung in einem ausführlichen Gutachten begründet, das dem Votum der eigentlichen Delegation angefügt ist.

Die Vorgänge bei der Abfahrt.

Clemenceau übersandte dem Präsidenten der deutschen Friedensdelegation einen Brief, in dem er sein Bedauern über die ordnungswidrigen Zwischenfälle bei der Abreise der deutschen Delegierten ausdrückt und mitteilt, daß der Präsekt des Departements Seine-et-Oise den Auftrag erhalten hat, Herrn von Hantel um Entschuldigung zu bitten, und daß der Präsekt und auch der Polizeikommissar ihres Amtes enthoben würden. Die Entschuldigung ist bereits erfolgt.

Über die Vorgänge bei der Abfahrt des Zuges teilte der Friedensdelegierte Minister Landsberg mit, daß es sich nicht um den spontanen Ausdruck von Volkseidenschaft handelt, sondern um eine mit Duldung der Behörden herbeigeführte Versäumnung und Mißhandlung unserer Landsleute. Bei der Abreise waren im Gegenteil zu früheren Gelegenheiten keinerlei Sperren vorgenommen worden. Weder ein Polizist noch ein Soldat waren aufgestellt, obwohl es sich um eine nach Tausenden zählende Menge handelte, die die Straßen vom Hotel bis zum Bahnhof füllte. Auch diese Tatsache spricht für die Vermutung, daß die Vorfälle bei der Abreise fälschlicherweise geduldet wurden.

Aus dem Memorandum.

Allerlei Einzelheiten.

Das Memorandum, das sich mit den deutschen Gegenanträgen beschäftigt, besagt, daß die Aburteilung des Kaisers Sache der hohen internationalen Politik sei. Die Alliierten wollen, daß dem Angeklagten alles Recht und volle Freiheit bei seiner Verteidigung belassen wird, und es soll dafür gesorgt werden, daß das Verfahren einen feierlichen Rechtscharakter trägt.

Was Straf-Vorbringen betrifft, so können die Alliierten auf die von den deutschen Delegierten gemachten Vorschläge nicht eingehen.

Die Helgoland-Artikel müssen ohne Einschränkung angenommen werden.

Der Verlust der deutschen Kolonien vermag Deutschlands normale Entwicklung nicht zu hindern. Die niedergelegten Bedingungen stützen sich auf das internationale Recht und sind zum Besten aller Nationen erdacht.

Bei den militärischen Bedingungen mag Deutschland immerhin zugestanden werden, seine Arme allmählich zu verkleinern, und zwar innerhalb von drei Monaten auf eine Höchststärke von 200000 Mann. Nach den drei Monaten sollen Sachverständige den Bedarf Deutschlands an Truppen feststellen und seine Stärke so festsetzen, daß seine Arme nicht mehr als 100000 Mann zählt. Unter allen Umständen muß dieses Ziel Ende März 1920 erreicht sein.

Die Bestimmungen über die Flüsse müssen bedingungslos angenommen werden. Darüber gibt es keine Verhandlungen.

Die Alliierten begrüßen die Anregung, daß Deutschland eine Kommission schaffen will, die mit der Wieder-